

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 885 846 pohn d
Telefax: 21 0864

Inhalt

Horst Peter MdB zum Berliner Wahlergebnis: Die positive Seite der hessischen Erfahrung nutzen.

Seite 1

Bernhard Kasperek und Jochen Poß MdB zur Notwendigkeit der Parteimodernisierung: 18 Thesen aus der NRW-SPD.

Seite 3

Gottfried Bernrath MdB zum Konflikt zwischen Bundesdruckerei und Gemeinden: Kommunen boykottieren Preiserhöhung für neue Personalausweise.

Seite 6

44. Jahrgang / 21

30. Januar 1989

Die positive Seite der hessischen Erfahrung nutzen

Zum Berliner Wahlergebnis

Von Horst Peter MdB

Der Verlust von 13,2 Prozent der Wählerstimmen für die Westberliner Regierung von CDU/FDP signalisiert den Wunsch der Wähler und Wählerinnen nach einem Wechsel der Politik und der handelnden Personen in Berlin. Einen Verlust an Zustimmung in dieser Größenordnung konnte bisher noch keine Regierung in der Bundesrepublik verzeichnen.

Der FDP ist es nicht gelungen, die mit den Korruptions- und Bespitzelungsskandalen unzufriedenen Wähler zu binden. Dazu hat die FDP zu wenig profiliertes Gegengewicht gezeigt, sondern sich zu machtbesessen und willfährig als Beifahrer im Korruptionsboot erwiesen. Offensichtlich hat die Berliner FDP nicht aus Schleswig-Holstein gelernt.

Die CDU war nicht in der Lage, den rechten Rand der Wählerschaft zu integrieren. Es zeigt sich in der ersten Wahl nach dem Tod von Strauß, daß die CDU zur Integration ihrer unzufriedenen Wähler, meist Opfer der unsozialen Auswirkungen der Bonner Politik, nicht fähig ist und keine Strategie hat. Die Niederlage des bürgerlichen „Lagers“ ist unausweichlich gewesen, weil die profillose FDP nicht von den Verlusten der CDU profitieren und somit ein Austausch im „Lager“ stattfinden konnte.

Strategie- und ratlos ist die „Jetzt-erst-recht-law-and-order“-Politik, der Jetzt-erst-recht-restriktive Ausländer- und Asylpolitik-Ratschlag des CSU-Vorsitzenden Waigel, der offensichtlich in Straußens Schuhwerk nicht hineinpaßt. Nichts gelernt hat der niedersächsische CDU-Vorsitzende Hasselmann, Landesvorsitzender der CDU, die den immerwährenden „Barschel-Skandal“ in Niedersachsen verantwortet, der eine Verschärfung der Abschiebepolitik fordert, ohne Ausländerfeindlichkeit zu provozieren. Das Wiederaufleben rechtsautoritärer Strömungen verhindert man nicht, indem man diesen Strömungen nachläuft, fördert und hoffähig macht, sondern indem man das moralische Gewicht einer großen demokratischen Volkspartei dagegensetzt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislauffähiger Druckstoff
mit 100% recyceltem
Recycling-Papier



Die SPD hat sich erholt und erhielt einen erheblichen Vertrauensvorschuß, die Wohnungsfrage und die Ausländerfrage auf andere Weise anzugehen. Die AL hat nochmals zugelegt und sich in den Interviews am Wahlabend entschlossen gegeben, eine andere Politik in und für Berlin zu ermöglichen.

Beide, SPD und AL, befinden sich aber in dem Dilemma, daß die rechnerische Mehrheit für eine andere Politik noch längst keine politisch durchsetzbare Mehrheit für eine ökologische und soziale, demokratisch gestaltete Politik in Berlin ist, die sich an Menschenrechten und Gleichheit von Frauen und Männern orientiert.

Ich schlage den erfolgreichen hessischen Weg des Jahres 1982 vor. Zunächst müssen die übereinstimmenden politischen Zielsetzungen abgeklärt und schrittweise angegangen werden. Die sofortige Beteiligung der AL an der Regierung würde die Integrationskraft der AL, der die schwierigsten Klärungsprozesse noch bevorstehen, zumindestens zunächst überfordern. In Hessen wurde aus der Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung eine - auch in der Rückschau - erfolgreiche Regierungsbeteiligung, die erst 1987 taktischen Fehleinschätzungen zum Opfer fiel. In Berlin besteht die Chance, die positiven Seiten der hessischen Erfahrungen zu nutzen, ohne die hessischen Fehler zu wiederholen. Man muß in diesem Zusammenhang an den Beginn des Weizsäcker-Senstas erinnern: Es gibt in Berlin neben der Tradition der Großen Koalition auch die Tradition des behutsamen Wachstums, das Zusammenwachsen politischer Partner im Prozeß.

Was Berlin erspart geblieben ist: eine rechnerische Mehrheit CDU-Republikaner. Wer Herrn Schönhubers und Herrn Lummers tete a tete vor der Wahl mitbekommen hat, muß befürchten: Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis für Teile der CDU die Republikaner hoffähig und bündnisfähig werden, sich in Parlamenten die CDU mit ihren zu den Republikanern übergelaufenen ehemaligen Parteifreunden wiedervereinigt.

Mit ihrer unsozialen, korruptions- und skandalträchtigen und in Rechtsstaatsfragen nach rechts gewendeten Politik trägt die CDU, wenn dies auf der einen Seite zu Wahlenthaltung, auf der anderen Seite zum Anwachsen rechtsautoritärer Parteien führt, die Verantwortung für den Hauch von Unregierbarkeit der Bundesrepublik, der nach Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Frankfurt und Berlin immer deutlicher wird. Eine solche CDU wird auch immer mehr koalitionsunfähig, denn unvorstellbar sind doch Kabinettsrunden aus Bespitzelten und korruptionsverdächtigen Bespitzlern.

(-/30.1.1989/vo-he/rs)

* * *

Impulse zur Modernisierung der Partei

18 Thesen aus der nordrhein-westfälischen SPD

Von Bernhard Kasperek
Mitglied des Landesvorstandes SPD-NRW
UB-Vorsitzender SPD Recklinghausen und

Jochen Poß MdB
Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Parteirates

I.

Wirtschaft und Forschung verändern und modernisieren unsere Lebenswelt. Die damit verbundenen gesellschaftlichen Umwälzungen sind bislang keinem ausreichenden demokratischen Willensbildungsprozeß unterworfen. Wer die Gesellschaft weiter demokratisieren will, wer den Fortschritt beziehungsweise seine Entwicklungsrichtung zu mehr Demokratie und Lebensqualität nutzen will, muß sich den Fortschritt dienstbar machen, muß gestaltend eingreifen. Deshalb setzen sich nordrhein-westfälische Sozialdemokraten für eine zielorientierte und zeitgemäße Reformpolitik ein.

II.

Aus unserer Sicht sollten programmatische Debatten und Neuorientierungen nicht nur dem Ziel dienen, die Widersprüche unsrer Zeit zu beschreiben, ohne gleichzeitig das Instrumentarium anzugeben, diese Widersprüche auch aufzulösen, oder konkreter: Es reicht nicht, das Böse zu beschreiben, wenn man das Gute nicht gleichzeitig machen will oder kann.

III.

Gestaltende Reformpolitik setzt eine realistische Einschätzung der gesellschaftlichen Entwicklungen, Ansprüche, Wünsche und Forderungen sowie der Machtverhältnisse ebenso voraus wie eine realistische Einschätzung des Staates und seiner Handlungsmöglichkeiten. Überzogene Hoffnungen in eine allumfassende Kompetenz des Staates sind zu korrigieren. Sie haben sich in der Vergangenheit als nicht haltbar erwiesen. Die Chancen des marktwirtschaftlichen Systems werden in der SPD-Theoriediskussion immer noch unterschätzt; dagegen werden die Möglichkeiten staatlicher Politik im ökonomischen Bereich häufig überschätzt. Gleichwohl ist die Qualifizierung des Staates zur Bewältigung der ökologischen und sozialen Gestaltungsaufgaben notwendig.

IV.

Programmatische Entwürfe für mehrere Jahrzehnte sollten nicht den Anspruch erheben und den Versuch unternehmen, über Grundsätze hinaus die Tagespolitik von übermorgen festzulegen. Inhaltliche Konzeptionen und Visionen sind an kürzeren, überschaubaren Etappen auszurichten. Politische Glaubwürdigkeit läßt sich solange nicht durch Programme erreichen, solange der Eindruck entstehen kann, Allgemeines würde ins Uferlose ausgeschmückt, aber praktisches Handeln würde dagegen nicht eingeleitet. Konkreter: Eine auf Wortblasen und Symbolik verpflichtete Politik halten wir nicht für mehrheitsfähig.

V.

Grundlage erfolgreicher sozialdemokratischer Politik ist ihre Vermittelbarkeit in der Bevölkerung. Das nennen wir Politik mit Bodenhaftung. Bodenhaftung heißt: Verankerung der Partei und ihrer Mitglieder im öffentlichen Leben, in Vereinen und Bürgerinitiativen. Nur eine Partei mit Bodenhaftung kann den Diskurs um die Gestaltung der Zukunft erfolgreich führen. Programmentwicklung mit Bodenhaftung schließt einen Gesellschaftsentwurf aus dem Reißbrett aus.

VI.

Es ist wichtig für Sozialdemokraten, nicht-zeitgemäßen ideologischen Ballast abzuwerfen, denn die Lösung der globalen Probleme (Ökologie, Frieden et cetera) läßt sich nur in Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Gruppen lösen. Falsche klassenkämpferische Frontstellungen sind dazu ungeeignet. Reformpolitik heute muß deshalb fähig sein, Synthesen zu bilden. Voraussetzung dazu ist, die Zusammenhänge und gegenseitigen Abhängigkeiten der bisher getrennt wahrgenommenen Politikbereiche wahrzunehmen.

VII.

Die Vernetzung vom ökonomischen, ökologischen, sozialen, technologischen und kulturellen Fortschritt als Optimierung sozialdemokratischer Gestaltungspolitik zu begreifen, sollte zentrale Zukunftsaufgabe der Partei sein.

VIII.

Es gehört zu den Erfahrungen der NRW-SPD, daß es nicht möglich ist, den für alle und alles gültigen Zukunftsentwurf zu zeichnen. Programme sind für uns kein Religionsersatz. Stärker als bisher sollte die SPD den Versuch unternehmen, gesellschaftliche, wirtschaftliche Dynamik und Innovation bewußt zu entfachen, damit sich staatliches Handeln aus der Sackgasse lösen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, wird es notwendig sein, auch bisherige Tabus in die Diskussion einzubeziehen. Wir halten es beispielsweise für erforderlich, daß die SPD einen vorurteilsfreien Dialog mit den Akteuren aus Gesellschaft und Wirtschaft führt.

IX.

Die Sozialdemokratie sollte ihre Leitbegriffe „Solidarität“, „Gerechtigkeit“ und „Freiheit“ mit zeitgemäßen Inhalten belegen.

X.

Der traditionelle Solidaritätsbegriff als notwendiger Zusammenschluß jener, die sich in einer gleich schlechten Lage befinden, müßte abgelöst werden von jenem Begriff der Solidarität, der Sozialpolitik als Bündnis versteht zwischen denen, die sie gebrauchen, mit denen, die sie wollen. So schließen sich soziale Grundsicherung und eigenständige Lebensplanung keineswegs aus. Das schon deshalb nicht, weil soziale Solidarität und Individualität sich nicht ausschließen, sondern bedingen. Gesellschaftliche Vitalisierung funktioniert für uns nach dem Muster „risikobereit, weil gesichert“. Oder anders ausgedrückt: Individuelle Entfaltung auf der Basis allgemeiner Sicherheit. Dabei muß immer wieder überprüft werden: Bis wohin darf das System kollektiver Sicherung gehen und was kann getrost dem einzelnen überlassen bleiben.

XI.

Beispiel Freiheit. Unter den heutigen Lebensbedingungen widerspräche ein unverrückbares Festhalten an starren Arbeitszeitregelungen einem zukunftsorientierten Verständnis von Arbeitnehmerfreiheit. Der von uns gewollte Weg in eine arbeitnehmerfreundliche Dienstleistungsgesellschaft, in der auch die Produktion ihren Platz hat, ist mit den traditionellen Organisationsformen von Arbeit und Arbeitszeit nicht zu haben. Dabei geht es uns nicht darum, daß Samstage und Sonntage zu normalen Arbeitstagen werden, sondern daß der unter Umständen notwendige Verzicht auf den arbeitsfreien Samstag oder in Ausnahmefällen auf ein freies Wochenende mit besonderen, von den Tarifparteien zu vereinbarenden Zuschlägen oder mit entsprechendem Freizeitausgleich zu entschädigen ist. Dazu bedarf es einer gestaltenden Politik, die dafür sorgen kann, daß mit den Veränderungen die sozialen Belange neu und besser, der Zeit angemessen, geregelt werden.

XII.

Jede Flexibilisierung der Arbeitszeit müßte mit einer Arbeitszeitverkürzung für die betroffenen Arbeitnehmer einhergehen bei gleichzeitiger Reallohnsicherung.

XIII.

Die Neuorganisation der Arbeitswelt sollte mit der Ausweitung von Arbeitnehmer-Mitbestimmungsmöglichkeiten korrespondieren. Neue Formen der Arbeitnehmermitbestimmung sind denkbar.

XIV.

Beispiel Ökologie. Sozialdemokraten sollten weiterhin über Mittel und Wege nachdenken, wie in der Bundesrepublik und den europäischen Nachbarländern ökologischen Werten stärker als bisher bei Produktion und Konsum Geltung verschafft werden kann. Neben ordnungspolitischen Maßnahmen (staatlichen Verboten und Auflagen) müssen Abgaben und steuerrechtliche Regelungen hinzukommen, durch die jenes Verhalten beeinflußt wird, das gesellschaftlich angestrebt wird. So muß es beispielsweise selbstverständlich werden, die wirklichen Kosten bei Abwasser und anderen Abgaben in Rechnung zu stellen.

XV.

Sozialdemokratische Gestaltungspolitik sollte die Innovationsfähigkeit der Industrie stärker herausfordern. Die Flexibilisierungsforderung ist keine klassenmäßige Einbahnstraße. So wird beispielsweise unter dem Vorwand der Standardsicherung das Angebot im Handwerksbereich künstlich verknappt, weil Marktzugänge über Handwerkskammern versperrt werden. Deregulierung im Handwerksbereich heißt für Sozialdemokraten: Standard sichern, Marktzugänge erleichtern, Angebot ausweiten.

XVI.

Sozialdemokraten wollen nicht, daß sich emanzipative und sozial gesicherte Möglichkeiten der Freiheit zu einer neuen unpolitischen Unverbindlichkeit entwickeln. Wer keine Bindung hat, ist nicht frei, sondern einsam. Zu dieser Freiheit in Solidarität gehört auch, daß die verschiedensten Lebensstile und Entwürfe nebeneinander existieren und sich tolerieren im Bündnis für die politische Vielfalt.

XVII.

Bodenständigkeit in Politik heißt für uns, auch mehr plebiszitäre Elemente in die politische Entscheidungsfindung einzubauen. Um möglichen Demokratiedefiziten im Zuge der Europäisierung entgegenzuwirken, plädieren wir für die Ausweitung der regionalen und kommunalen Kompetenzen und Mitbestimmungsmöglichkeiten.

XVIII.

Eine zukunftsorientierte sozialdemokratische Bildungspolitik sollte sich noch stärker als bisher an der Vermehrung der denkbaren Weichenstellung in der Lebensgestaltung orientieren, damit amn sich immer wieder neu besinnen und entscheiden kann: „Ich will noch etwas anderes, etwas Neues lernen.“
(-/30.1.1989/vo-he/rs)

* * *

Kommunen boykottieren Preiserhöhung für neue Personalausweise

Zum Konflikt zwischen Bundesdruckerei und Gemeinden

Von Hans Gottfried Bernrath MdB
Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Inzwischen boykottieren über 270 Städte und Gemeinden im Bundesgebiet die zum 1. Januar 1988 von der Bundesdruckerei festgesetzte Preiserhöhung für neue Personalausweise. Statt der geforderten 11,90 DM pro Personalausweis zahlen sie weiterhin den alten Preis von 9,70 DM. Für 1,5 Millionen der bisher ausgelieferten 14 Millionen neuen Personalausweise hat die Bundesdruckerei nur 9,70 DM erhalten (Einnahmeausfall über drei Millionen DM). Der Boykott weist steigende Tendenz auf. Die Bundesdruckerei toleriert diesen Boykott, ohne entscheidende Schritte gegen ihn zu unternehmen.

Trotz der rechtlichen Problematik des Boykotts der Gemeinden muß man doch volles Verständnis für die dahinterstehenden Motive und Forderungen haben. Denn die im Personalausweisgesetz festgesetzte Gebühr von 10 DM, die der Bürger einer Gemeinde für einen neuen Personalausweis zu zahlen hat, ist unter Berücksichtigung des von der Bundesdruckerei kalkulierten alten Preises von 9,70 DM festgesetzt worden. Anschließend hat dann die Bundesdruckerei - ein Monopolbetrieb im Eigentum des Bundes - einseitig den Preis mit der Begründung auf 11,90 DM erhöht, sie habe sich verkalkuliert. Gleichzeitig hat sich der Bund geweigert, das Personalausweisgesetz mit dem Ziel zu ändern, die Gebühr entsprechend zu erhöhen oder den Gemeinden auf anderem Wege die Mehrkosten zu erstatten.

Diese Politik, den Gemeinden Aufgaben zu übertragen, ohne ihnen gleichzeitig die damit verbundenen Kosten zu erstatten, scheint in letzter Zeit Schule zu machen. Auch bei der Volkszählung ist den Gemeinden nur ein Bruchteil der Kosten erstattet worden (Kosten pro Einwohner 11 DM, Erstattung pro Einwohner 4,50 DM).

Jetzt muß politisch gehandelt werden. Der Konflikt zwischen Bundesdruckerei und Gemeinden kann nur dadurch gelöst werden, daß der berechtigten Forderung der Gemeinden nach voller Kostenerstattung stattgegeben wird. Hier ist der Bund als Eigentümer der Bundesdruckerei oder als Bundesgesetzgeber gefordert. Die Politik des Bundes gegenüber den Gemeinden nach der Devise „den letzten beißen die Hunde“ muß endlich beendet werden. Sie untergräbt langfristig das auch im Interesse aller Bürger notwendige unerläßliche Vertrauen zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften.

(-/30.1.1989/vo-ha/rs)

* * *